

Jasper von Altenbockum **Dänemark**
– die offene Wunde
Skandinaviens

Die Wahlniederlage der Sozialdemokraten in Dänemark, kurz nach dem Desaster der Sozialdemokraten in Norwegen, besiegelt eine Epoche: Zum ersten Mal nach achtzig Jahren hat die Arbeiterpartei im dänischen Parlament, dem Folketing, ihre (relative) Mehrheit verloren. In Dänemark gipfelte damit eine Entwicklung, die sich seit Jahren ankündigte, der schleichende Machtverlust der Sozialdemokraten. Er läuft auf das Scheitern eines Modells hinaus, das noch in den siebziger Jahren als die Vollendung des Wohlfahrtsstaats gefeiert wurde. Dieser „dritte Weg“, der vor zwanzig Jahren noch als anti-kapitalistischer Mittelweg zwischen totalitärem Ostblock und westlicher Demokratie gefeiert wurde, ist zu Ende. Begleitet wurde die Desillusionierung über den Versuch, Sozialismus und Marktwirtschaft zu versöhnen, seit dreißig Jahren vom Aufstieg populistischer Bewegungen, die bei den jüngsten Wahlen für Aufsehen sorgten. Von einem Abgleiten Dänemarks in eine unberechenbare bürgerliche Politik kann allerdings nicht die Rede sein. Vielmehr wird die Mitte-Rechts-Koalition aus Liberalen und Konservativen dort anknüpfen, wo Sozialdemokraten aufgehört haben: Bei der Reform eines überlasteten Wohlfahrtsstaats.

Der Machtwechsel in Kopenhagen nach der Wahl vom 20. November

Seit den Parlamentswahlen in Dänemark am 20. November sind die Sozialdemokraten nicht mehr stärkste Partei des Landes. In anderen Demokratien beschreibt das einen normalen Vorgang. In Dänemark hingegen muß man vom Ende einer Epoche sprechen. Die dänischen Sozialdemokraten hatten mehr als 80 Jahre die Mehrheit. Eine vergleichbare Hegemonie behauptet die Partei nur noch in den Nachbarländern Norwegen und Schweden. Aber auch dort bröckelt die Mehrheit. Bei den Wahlen in Norwegen am 10. September erlitten die Sozialdemokraten dramatische Verluste, gleichwohl blieben sie stärkste Kraft. Wie in Kopenhagen signalisierte auch in Oslo der Machtwechsel zu den Bürgerlichen das Ende eines skandinavischen Modells, in dem die nordischen Arbeiterparteien geschafft zu haben schienen, was die demokratischen Sozialisten im restlichen Westeuropa vergeblich versucht hatten: den Systemwechsel auf parlamentarischem Wege durchzusetzen und ewige Mehrheiten im sozialistischen Lager zu sichern. Dieser „dritte Weg“, der vor zwanzig Jahren noch als anti-kapitalistischer Mittelweg zwischen totalitärem Ostblock und westlicher Demokratie gefeiert wurde, ist nun selbst als Illusion zu Ende. Allein in Schweden behaupten die Sozialdemokraten ein ungebrochenes Selbstbewusstsein, das sich allerdings aus anderen Quellen speisen muss als den etatistischen und egalitären Wohltaten der sechziger, siebziger und achtziger Jahre. Auch in Stockholm ist die Ära einer unangefochtenen Sozialdemokratie vorüber.

Damit ist aber nur ein Aspekt der Bedeutung der Parlamentswahlen in Norwegen und Dänemark beschrieben. In beiden Ländern etablierten sich rechtspopulistische Protestparteien oberhalb der Zehn-Prozent-Marke, die für die bürgerlichen Parteien als Mehrheitsbeschaffer dienen – ähnlich wie links-sozialistische Parteien am linken Rand die Sozialdemokraten in der Regierung stützten. Beide Parteien, die „Dänische Volkspartei“ in Dänemark und die „Fortschrittspartei“ in Norwegen, liefern einen Schlüssel zum Verständnis der Veränderungen im sozialdemokratisch regierten Skandinavien. Jenseits der Landesgrenzen fanden sie erst in den vergangenen Jahren, nachdem sie durch fremdenfeindliche Parolen aufgefallen waren, stärkere Beachtung. Ihre Karriere im politischen Spektrum Norwegens und Dänemarks setzte aber schon in den siebziger Jahren ein, zu einem Zeitpunkt also, als die sozialdemokratische Herrschaft ihren Höhepunkt erreicht und offenbar schon überschritten hatte. Dass sich die Sozialdemokraten Schwedens so gut halten können, liegt nicht zuletzt daran, dass das schwedische Pendant zur rechtspopulistischen Szene Norwegens und Dänemarks, die „Neue Demokratie“, über das Dasein als politische Sekte nie hinausgekommen ist. Die ehemals leninistische und Moskau-treue Linkspartei dagegen hat ihren festen Platz in der politischen Landschaft Schwedens erobert und feierte bei den letzten Wahlen 1998 ihren größten Erfolg. Ein ähnlich starker Allianzpartner fehlte jetzt den Arbeiterparteien Norwegens und Dänemarks, um eine bürgerliche Mehrheit doch noch verhindern zu können.

Der Erfolg der norwegischen und dänischen Rechtspopulisten ist die Kehrseite der Auswüchse des nordischen Wohlfahrtsmodells. Beide Parteien haben ihre Ursprünge im Protest gegen zu hohe Steuerbelastung, die stellvertretend für die Belastungen und Anmaßungen eines allmächtigen Staates steht. In Dänemark war es der „Steuerrebell“ Mogens Glistrup, in Norwegen Carl I. Hagen, der in den siebziger Jahren eine „Fortschrittspartei“ gründete, die gegen die Tabus einer sozialistischen Konsens-Demokratie zu Felde zog. Beide Parteien können als Muster für die populistischen Parteigründungen erhalten, wie sie später in fast allen westlichen Wohlfahrtsstaaten üblich wurden und Erfolge feierten.

■ **Der Erfolg der norwegischen und dänischen Rechtspopulisten ist die Kehrseite der Auswüchse des nordischen Wohlfahrtsmodells. Beide Parteien haben ihre Ursprünge im Protest gegen zu hohe Steuerbelastung, die stellvertretend für die Belastungen und Anmaßungen eines allmächtigen Staates steht.**

Glistrup gefiel sich in der Rolle des anarchischen Querkopfs und verstand es nicht, eine dauerhafte Parteiorganisation aufzubauen. Erst Pia Kjaersgaard formte 1995 aus den Resten der Glistrup-Partei eine schlagkräftige „Dänische Volkspartei“, die sich allerdings nicht mehr die Wohlfahrts- und Staatskritik auf die Fahnen schrieb, sondern nationalistische Töne anschlug und zur rechten Xenophobie-Partei wurde. In ähnliches Fahrwasser steuerte Hagen seine norwegische „Fortschrittspartei“, die in dem Maße wuchs, wie sie sich gegen Einwanderung und eine liberale Ausländerpolitik stellte. Stärker als Kjaersgaard pflegte Hagen jedoch das wirtschaftsliberale Gedankengut aus der Gründungsphase seiner Partei, die sich dadurch das Image einer systemkritischen, national-liberalen, anti-sozialistischen Bewegung bewahrte.

Beide Aufsteiger profitierten von der Auflösung traditioneller Wähler-Partei-Bindungen und beförderten diese Entwicklung noch durch die Polarisierung in der Sozialpolitik. Der Katalysator eines immer breiteren Wechselwählertums aber war die Europapolitik. In beiden Ländern machten die Referenden über die EU-Politik – in Norwegen die Abstimmungen über die EU-Mitgliedschaft, in Dänemark zuletzt die Abstimmungen über den Maastricht-Vertrag, den Amsterdam-Vertrag und vor allem über den Euro – ganze Wählerschichten heimatlos. Mehr als ein Drittel der Wähler entscheidet seither erst am Wahltag, welcher Partei er seine Stimme geben wird. Das beste Beispiel für die Zerstörung alter Identifikationen durch das Für und Wider der europäischen Integration ist die norwegische Zentrumsparlei, eine Splitterparlei, die sich zur „Volkspartei“ aufblähte, nachdem sie 1994 die Nein-Stimmen gegen den EU-Beitritt auf sich vereinigen konnte. Jüngstes Beispiel für die Desintegration politischer Heimat war die gescheiterte Euro-Abstimmung in Dänemark, bei der sich mehr als die Hälfte der Wähler der Empfehlung fast aller Parteien der Mitte, der Gewerkschaften, Banken und Unternehmer des Landes verweigerte und mit Nein stimmte. Im Treibsand dieser Anti-Europa-Stimmung fischten sowohl die „Fortschrittspartei“ Hagens als auch die „Dänische Volkspartei“ Kjaersgaards nach Unzufriedenheit und Protestpotenzial.

■ Das beste Beispiel für die Zerstörung alter Identifikationen durch das Für und Wider der europäischen Integration ist die norwegische Zentrumsparlei, eine Splitterparlei, die sich zur „Volkspartei“ aufblähte, nachdem sie 1994 die Nein-Stimmen gegen den EU-Beitritt auf sich vereinigen konnte.

Der Erfolg der „Dänischen Volkspartei“ bei der Wahl am 20. November – sie wuchs zur drittstärksten Partei heran, ohne allerdings eine Chance zu haben, an der Regierung beteiligt zu werden – war das alles beherrschende Thema der Berichterstattung über den Machtwechsel in Kopenhagen und stellte die Niederlage der Sozialdemokraten in den Schatten eines angeblich ausländerfeindlichen Rechtsrucks. Die liberale „Venstre“, die erstmals seit den zwanziger Jahren wieder den Ministerpräsidenten stellt, und ihr Koalitionspartner, die Konservative Volkspartei, hatten zwar einen historischen Sieg errungen. Die Darstellung des dänischen Erdrutsches in den Medien erweckte aber den Eindruck, dass hier Anstand, Toleranz und Stabilität verloren hätten. Am stärksten machte sich dieser anti-bürgerliche Reflex in Schweden bemerkbar: Selbst die bürgerlich-liberale Presse titelte hier: „Gute Nacht, Dänemark“. Die aufgesetzte Sensibilisierung gegenüber rechtspopulistischen Strömungen – die „Sanktionen“ der EU-Mitglieder gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich wurden nicht umsonst in Stockholm ausgedacht – spielte dabei eine ebenso große Rolle wie eine zur Schau gestellte Verunsicherung in Skandinavien, die zu den Leitmotiven einer bürgerlichen Machtübernahme gehört.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Sozialdemokraten die Regierungsmacht verlieren, und es ist nicht das erste Mal, dass ein solcher Wechsel als bedrohlich und destabilisierend dargestellt wird. Seltenheitswert hatten bürgerliche Regierungen nur in Schweden. Über ein Intermezzo Ende der siebziger Jahre (unter dem Vorsitzenden der Zentrumsparlei Thorbjörn Fälldin) und zu Beginn der neunziger Jahre (unter dem Konservativen Carl Bildt) kamen die Bürgerlichen in Stockholm nicht hinaus. Jeweils waren es turbulente Jahre, die es den Sozialdemokraten leicht machten, sich als verlässliche, kompetente und staatstragende Partei darzustellen. Die Warnung vor unberechenbaren Zuständen gehörte stets zu den besten Argumenten der Sozialdemokraten gegen die zersplitterten bürgerlichen Parteien. Dass daraus eine Selbstverpflichtung wurde, bekam die Partei in Norwegen zu spüren. Für sie rächte es sich, dass sie nicht entsprechend handelten. Der Parteivorsitzende Thorbjörn Jagland hatte vor vier Jahren das Amt des

■ **Es ist nicht das erste Mal, dass die Sozialdemokraten die Regierungsmacht verlieren, und es ist nicht das erste Mal, dass ein solcher Wechsel als bedrohlich und destabilisierend dargestellt wird. Seltenheitswert hatten bürgerliche Regierungen nur in Schweden.**

Regierungschefs aufgegeben, weil er sein selbstgestecktes Wahlziel nicht erreichen konnte, gleichwohl die mit Abstand stärkste Partei anführte. Das Ergebnis war eine schwache bürgerliche Minderheitsregierung unter dem Christdemokraten Kjell Magne Bondevik, die davon lebte, dass die Sozialdemokraten ihrer Verantwortung nicht gerecht wurden. Als sich die Partei unter Jens Stoltenberg zwei Jahre später schließlich doch dazu durchrang, zur Mitte der Legislaturperiode die Regierungsverantwortung zu übernehmen, war es zu spät. Die Arbeiterpartei hatte nicht die Bürgerlichen, sondern sich selbst vorgeführt. Die Wahl im Oktober dieses Jahres wurde zum Desaster.

Dem dänischen Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen waren die Irrwege seiner norwegischen Parteigenossen fremd. Er suchte stets den direkten und schnörkellosen Weg zur Macht. In die Enge getrieben – auch in der eigenen Partei – durch ein lang andauerndes Stimmungstief in Umfragen, setzte er auf eben jenes altbewährte Vorurteil über die „unzuverlässigen“ Bürgerlichen, als er im Oktober die Wahlen kurzfristig auf den 20. November ansetzte: Nach den Ereignissen vom 11. September und mit der Aussicht auf eine weltweite Rezession sollten sich die Dänen noch einmal um die Arbeiterpartei scharen. Rasmussen hatte es bislang noch immer in letzter Minute geschafft, eine Mehrheit zu sichern. Zuletzt, vor vier Jahren, entschied eine einzige Stimme im Folketing über seine Regierung, nachdem Rasmussen im Wahlkampf einen schier aussichtslosen Rückstand doch noch eingeholt hatte.

■ Im Rückblick erscheint Rasmussen als machttechnisch begabter Mehrheitsbeschaffer für die Sozialdemokraten, die ihre strukturelle Mehrheit längst verloren hatten. Rasmussen setzte sich schon 1993 nur deshalb an die Spitze der Sozialdemokraten, um die drohende Entfremdung der Partei von der Macht abzuwenden.

Im Rückblick erscheint Rasmussen als machttechnisch begabter Mehrheitsbeschaffer für die Sozialdemokraten, die ihre strukturelle Mehrheit längst verloren hatten. Rasmussen setzte sich schon 1993 nur deshalb an die Spitze der Sozialdemokraten, um die drohende Entfremdung der Partei von der Macht abzuwenden. Er stürzte Svend Auken, den damaligen Parteivorsitzenden, der die Reinheit des ideologischen Erbes der siebziger Jahre verwaltete, aber keinen Drang verspürte, um jeden Preis die Regierungsmacht zu beanspruchen. Damals hatte der konservative Poul Schlüter das Land gut zehn Jahre mit wechselnden Mehrheiten regiert und dabei mittels einer schmerzvollen „Kartoffelkur“ die wirtschaft-

lichen Grundlagen geschaffen (im Wesentlichen die Konsolidierung des Haushalts und eine erfolgreiche Bekämpfung der Inflation), auf denen Rasmussen jetzt aufbauen konnte. Der Machtwechsel war besiegelt, nachdem die „Radikale Venstre“, der kleine sozialliberale Ableger der „Venstre“, die Seiten wechselte, und Rasmussen außerdem mit der Christlichen Volkspartei sowie den Zentrumsdemokraten zusammenarbeiten konnte. Es war der für Skandinavien seltene Fall einer Mehrheitsregierung, selten deshalb, weil man im Norden so etwas wie eine „Kanzlermehrheit“ nicht kennt – auch das gehörte lange Zeit zum Erfolgsrezept der Sozialdemokraten. Bald schon wurde Rasmussens Regierung wieder auf das Normalmaß herabgestutzt, das der Arbeiterpartei im Norden seit jeher zum Regieren reichte: Christliche Volkspartei und Zentrumsdemokraten verließen nacheinander die Regierung, die nun wieder eine jener Minderheitsregierungen war, wie man sie nur aus Skandinavien kennt.

Das Ende Schlüters hinterließ 1994 eine geschlagene Konservative Volkspartei. Für sie, bislang zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten, begann der Abstieg in die Splitter-Existenz, beschleunigt durch Affären, Skandale und eine stark individualistisch geprägte Parteiführung. Es begann der Aufstieg der „Venstre“ zur führenden Oppositionspartei unter ihrem Vorsitzenden, dem ehemaligen Außenminister Uffe Ellemann-Jensen. Die „Venstre“, bis in die siebziger Jahre hinein eine in den ländlichen Kommunen fast stärker als die Sozialdemokraten, aber nur dort fest verankerte Partei, setzte unter Ellemann-Jensen auf die klassische Polarisierung zwischen liberalem Anti-Etatismus und sozialistischer Wohlfahrtspolitik. Rasmussen ging allerdings weit pragmatischer zu Werke als seine Vorgänger in den siebziger Jahren. Die Reformen, die er durchsetzte, ähnelten viel mehr dem angelsächsischen Modell als dem skandinavischen. Als ihre größte Leistung konnte sich seine Regierung zuletzt die Halbierung der Arbeitslosigkeit von mehr als zwölf Prozent (1993) auf 5,5 Prozent (2000) zugute halten. Dazu trug unter anderem ein restriktives Arbeitsrecht bei, dessen „Hire-and-Fire“-Charakter weder in Schweden noch in Norwegen und auch anderswo in Europa kaum Anklang fand. Auch finanz- und wirtschaftspolitisch wich die Re-

■ **Der Machtwechsel war besiegelt, nachdem die „Radikale Venstre“, der kleine sozialliberale Ableger der „Venstre“, die Seiten wechselte, und Rasmussen außerdem mit der Christlichen Volkspartei sowie den Zentrumsdemokraten zusammenarbeiten konnte.**

■ **Bei unverminderter Steuerlast, die zur Finanzierung dieses Wasserkopfes dient, verschlechterte sich gleichzeitig das Niveau des Sozialstaats: Wie in Norwegen und Schweden bestand in Dänemark die Reformleistung vor allem in radikalen Sparmaßnahmen, nicht im strukturellen Umbau des Sozialstaats.**

gierung Rasmussens nur unwesentlich vom Kurs der Schlüter-Regierung ab. Die Währung blieb weiter an die D-Mark gebunden („Festkurspolitik“), um niedrige Zinsen und niedrige Inflation zu gewährleisten. Für die Haushaltspolitik blieb es bei der Maßgabe, einen Überschuss zu erwirtschaften. Alte Missstände allerdings verrät ein Blick in den öffentlichen Sektor, wo nach wie vor knapp 40 Prozent aller Beschäftigten arbeiten und deshalb ein Großteil des dänischen Bruttoinlandprodukts verschlungen wird. Bei unverminderter Steuerlast, die zur Finanzierung dieses Wasserkopfes dient, verschlechterte sich gleichzeitig das Niveau des Sozialstaats: Wie in Norwegen und Schweden bestand in Dänemark die Reformleistung vor allem in radikalen Sparmaßnahmen, nicht im strukturellen Umbau des Sozialstaats.

Rasmussen steckte von Beginn seiner Regierungszeit in einem Dilemma: Die alten Mittel der Verteilungspolitik standen nicht mehr zur Verfügung, neue Mittel waren nur mit einem Strukturwandel zu haben, der die sozialdemokratischen Wähler verprellte. Ein Blick nach Schweden verriet, was passieren konnte: Dort quitierten die sozialdemokratischen Wähler die Konsolidierungspolitik der Regierung 1998 mit einer Abwanderung zur ex-kommunistischen Linkspartei und zur Christlichen Volkspartei, die im Wahlkampf jeweils auf ihre Weise einer neuen Verteilungspolitik das Wort geredet hatten. Rasmussen kam indessen entgegen, dass die „Venstre“ mit Ellemann-Jensen die Konfrontation mit den Sozialdemokraten suchte, statt das Dilemma der alten Staatspartei auszunutzen. So hatte Rasmussen leichtes Spiel, einen künstlichen Graben zwischen einer verantwortungsvollen Wohlfahrtspartei und einem rücksichtslosen Neoliberalismus auszuheben. Selbst diese Frontstellung sicherte ihm vor vier Jahren aber nur einen hauchdünnen Vorsprung.

Die Lage veränderte sich für den sozialdemokratischen Parteichef mit dem Abgang Ellemann-Jensens. An die Spitze der „Venstre“ trat nun mit Anders Fogh Rasmussen ein zum Pragmatiker gewandelter ideologischer Stratege, der schon unter Ellemann-Jensen den Parteiapparat der Liberalen beherrscht hatte. Es zeigte sich sehr bald, dass Fogh Rasmussen und Nyrup Rasmussen nicht nur Namensvettern waren: Beide einte der unbedingte Wille zur Macht, dem

Grundsätze und Parteiprogramme untergeordnet wurden. Anders Fogh Rasmussen hatte zwar als „junger Löwe“ die Ausbreitung der „Venstre“ vom Land in die Stadt vorangetrieben und galt bis dato als ein um das Stadtbürgertum bemühter liberaler Vordenker. Dieses Image streifte der neue „Venstre“-Vorsitzende schnell ab, um die Sozialdemokraten auf ihrem eigenen Terrain schlagen zu können. Nicht mit dem besseren Programm wollte der Liberale die Sozialdemokraten in die Enge treiben, sondern mit der glaubwürdigeren Konsequenz zwischen Worten und Taten. Fogh Rasmussen machte sich zudem die ideologisch motivierte Skepsis der nordischen Sozialdemokraten gegenüber den britischen Reformern um Tony Blair zunutze, indem er Blair kurzerhand für sich vereinnahmte – seither war es schwierig, gravierende programmatische Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und „Venstre“ zu erkennen. In den Vordergrund traten die Persönlichkeiten: der „vom Wildmann zum Weihnachtsmann“, wie die Sozialdemokraten höhnten, gewandelte „Venstre“-Rasmussen, und der erfahrene, aber auch verbrauchte sozialdemokratische Regierungs-Rasmussen.

Die Schwierigkeit, zwischen diesen beiden Rasmussen zu unterscheiden, begünstigte zwar das Abgleiten des Wahlkampfes auf Nebenkriegsschauplätze, vor allem in die Ausländerpolitik, wo sich künstlich polarisieren und medienwirksam polemisieren ließ. Der schärfere Tonfall war zugleich das beste Zeichen dafür, dass beide Blöcke, die Linke mit der Sozialdemokratie an der Spitze und die Bürgerlichen unter Führung der Liberalen, um die Mitte kämpften. Wie ungewohnt dieser Kampf für den sozialdemokratischen Ministerpräsident war, zeigte eine Wahlkampfzene, in der er – verzweifelt um Profil und um die Erinnerung an Zeiten klassenkämpferischer Auseinandersetzungen bemüht – auf offener Bühne und vor laufender Kamera ein Buch seines Widersachers mit dem Titel „Vom Sozialstaat zum Minimalstaat“ zerriss. Trotz solcher Inszenierungen stand fest, dass die Politik Anders Fogh Rasmussens so anders als die Poul Nyrup Rasmussens nicht sein würde – schon die Sozialdemokraten hatten schließlich nicht den Bruch zur bürgerlichen Vorgängerregierung gesucht, sondern Kontinuität praktiziert.

■ Anders Fogh Rasmussen hatte als „junger Löwe“ die Ausbreitung der „Venstre“ vom Land in die Stadt vorangetrieben und galt bis dato als ein um das Stadtbürgertum bemühter liberaler Vordenker. Dieses Image streifte der neue „Venstre“-Vorsitzende schnell ab, um die Sozialdemokraten auf ihrem eigenen Terrain schlagen zu können.

Die Tragweite des Machtwechsels in Kopenhagen besteht deshalb nicht im ideologischen „Rechtsruck“ eines Landes, dessen Minderheitsregierung auf die „Dänische Volkspartei“ angewiesen sein mag, ansonsten aber dem Pragmatismus folgt, mit dem schon die Sozialdemokraten regierten. Auch sind Sicherheit, Stabilität und Verlässlichkeit Dänemarks alles andere als gefährdet. Folgenschwerer als der Regierungswechsel ist die Ablösung der Sozialdemokraten als stärkste und staatstragende Partei. Es wird nicht mehr länger möglich sein, das politische Skandinavien mit einem parteipolitisch besetzten Modell in Verbindung zu bringen, aus dem sich zu großen Stücken die „nordische“ Identität erklärte. Die Dänemark-Wahl hat deshalb im Selbstverständnis der Hüter dieser abgeschiedenen Modellhaftigkeit und ideologisch unterfütterten Lebensweise eine tiefe Wunde gerissen – wenn man die Renaissance des Bürgerlichen als Wunde bezeichnen will.